

Zur Geschichte des Sozialstaat

Definition:

Ein Sozialstaat ist ein Staat, der in seinem Handeln soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit anstrebt, um die Teilhabe aller an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu gewährleisten. Es bezeichnet konkret auch die Gesamtheit staatlicher Einrichtungen, Steuerungsmaßnahmen und Normen, um das Ziel zu erreichen, Lebensrisiken und soziale Folgewirkungen abzufedern. Der Staat verpflichtet sich, in Gesetzgebung und Verwaltung für einen sozialen Ausgleich der Gesellschaft zu sorgen.

Daraus ergeben sich folgende **Merkmale des Sozialstaates**:

- Soziale Grundrechte haben Verfassungsrang
- Schutz der Erwerbstätigen bei Unfall oder Krankheit
- Bildungs- und Arbeitspflicht des Bürgers
- Ökosoziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsverfassung

Wurzeln des Sozialstaates

Grundgedanke: **Nächstenliebe** - Ursprung in Weltreligionen verankert

erste Ansätze in Antike und Mittelalter

- z.B. Zunftbeiträge zur Unterstützung wirtschaftlich Schwächerer
- Linderung der materiellen Not des Bürgertums
- Verhinderung von Unruhen oder Aufständen

Entwicklung des modernen Sozialstaats setzt im 19. Jahrhundert parallel mit der Entwicklung der industriellen Produktion ein

- Industrialisierung erzeugt Massenverelendung
- herkömmliche Unterstützung durch Großfamilie entfällt
- Verstädterung, Landflucht
- Kleinfamilie wirtschaftlich Schwach
- Frage nach sozialer Sicherheit

Idee: Eigentum als Basis für die Ausübung von Rechten / Pflichten, so der Umverteilung des Eigentums auf sozial schwächere Schichten

Otto von Bismarcks Sozialpolitik

Einführung von Sozialversicherungen im Rahmen der Zuckerbrot und Peitschen Politik

„Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte“

(*Otto von Bismarck: Gesammelte Werke (Friedrichsruher Ausgabe) 1924/1935, Band 9,)S.195/196*

Reaktion gegen erste sozialistische Bewegungen

Mittel um politische Gegner wie die Kirche, Gewerkschaften die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen

Herausbildung folgender Versicherungen

- **1883 Krankenversicherung**
- **1884 Unfallversicherung**
- **1889 gesetzliche Rentenversicherung** ursprüngliche Bezeichnung Invaliditäts- und Altersversicherung

Sozialpolitische Entwicklungen nach Bismarck

- neuer Reichskanzler: **Leo Graf von Caprivi**
- Versöhnungskurs mit Arbeiterbewegung
- **1891 Gesetz zum Arbeiterschutz**
Verbot der Sonntagsarbeit
Verbot der Nacharbeit von Frauen und Kindern unter 13 Jahren
jedoch Erfolge blieben aus
- Erstarkung der Sozialdemokratie
- Entlassung Caprivis --> Abwendung von Sozialpolitik
- erst 1900 wieder aufgenommen

Die Sozialpolitik der Weimarer Republik

- **1920 Betriebsrätegesetz**
- **1923 Reichsmieterschutzgesetz**
- **1924 Einrichtung staatlicher Fürsorge**
- **1926 Schaffung von Arbeitsgerichten**
- **1927 Arbeits- und Kündigungsschutzgesetz für werdende und stillende Mütter**
- **1927 Einrichtung von Arbeitsämtern**
- **1927 Einführung der Arbeitslosenversicherung**

Desweiteren wird die Sozialpolitik der WR durch eine herausragende Schul- und Bildungspolitik gekennzeichnet.

- **28.04.1920 Grundschulgesetz** (4 jährige Grundschule für Kinder aller sozialen Schichten)
- **11.-19.06.1920 Reichsschulkonferenz** (Bildung Reichsschulamtes zur Betreuung der Länder)
Berlin Zentrum Bildungspolitik (1000 Schulen, 652 Volksschulen, 16000 Lehrer, 500000 Schüler)
- dennoch erst **1929 in Berlin Prügelstrafe abgeschafft**, Grundsatz der Bildungspolitik:
Jeder Schüler müsse die Gelegenheit erhalten das zu werden, wozu er taugt

Sozialpolitische Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland

Einfluss der westlichen Alliierten wirkt sich auch auf soziale Aspekte aus - Prinzip der sozialen Marktwirtschaft wird eingeführt:

- Übermäßige Marktmacht wird vom Staat verhindert um sozialen Charakter zu bewahren
- gewisse Einkommensumverteilung durch Steuern, Schaffung eines sozialen Netzes zur Bewahrung vor Not von wirtschaftlich Schwächeren
- starke Mitwirkung von Interessengruppen insbesondere der Arbeitnehmer Gewerkschaften)
- Rentenreform: Anpassung der Renten an Einkommensentwicklung -> dynamische Renten
- Wohngeld für Familien mit geringem Einkommen
- zinslose Darlehen für bedürftige Schüler und Studenten
- Schlechtwettergeld für Bauarbeiter
- Erziehungsgeld für Eltern
- Bezahlungen von Erholungskuren oder Zahnersatz durch Krankenkasse

Sozialpolitische Bewegungen in der Deutschen Demokratischen Republik